



„Die Wachpolizei kann man vernachlässigen!“

... und alle kommen nur zum Gucken



„Die Wachpolizei kann man vernachlässigen“, so hieß es im Vortrag auf dem Landesdelegiertentag des Bundes der Kriminalisten (bdk) in Thüringen. Der polarisierende Vortrag führte bei den Zuhörern derart große Eindrücke herbei, dass sogar die Mitschriften von Teilnehmern nach Tagen noch begeistern konnten.

Ich selbst habe keinen Zweifel an der Wichtigkeit der Kriminalpolizei und stelle mir auch oft die Frage, wie so manch ein Kommissariat mit noch weniger Leuten die nicht weniger werdenden Vorgänge künftig überhaupt noch bearbeiten soll? In einigen Bereichen setze ich mich persönlich auch für die Stärkung der Kripo ein, aber man darf doch den Blick für die gesamtpolizeiliche Aufgabenbewältigung deswegen nicht aus den Augen verlieren!

Im Vortrag verkaufte man die Kriminalisten als die besseren Polizisten, mit einer besseren Ausbildung und einem nur dort gegebenen Vermögen der Spurenverfolgung, bei ausgeprägter Fähigkeit technische Gutachten lesen zu können. Kriminalisten seien psychologisch untermauert und bilden sich permanent fort! – Anders als der „Wachpolizist“, der nur ab und zu einmal überlegen müsse. Die Kripo sei der Herzchirurg der Polizei und die kriminalistische Vernehmung das Skalpell des Kriminalisten. Unsere Polizeiführer würden eine naive Betrachtung der Kriminalitätslage und eine „Lieschen-Müller-Sicherheitspolitik“ betreiben!

Was man daraus entnehmen kann, ist eine deutliche Mentalität der „Herren von

K“! Dabei bin ich so froh darüber, dass dieses Herrendenken in Thüringen doch eigentlich eher der Vergangenheit angehört und dass man sich schon mehr auf die Bewältigung einer gemeinsamen Aufgabe verständigt hatte. Solch eine neue Betrachtung der Kripo könnte uns um Meilen zurückwerfen. Wie will man denn die Wachpolizei noch mehr vernachlässigen? Soll der Stellenabbau denn wirklich nur bei der Schutzpolizei erfolgen? Wer aber fährt dann hin, wenn der Bürger um Hilfe ruft, und was ist, wenn man den heute oft nur noch vorhandenen einen Streifenwagen zugunsten der Kripo auch noch streicht? Sollen denn dann die „Herren von K“ etwa selbst den ersten Angriffsfahren, Schwerlasttransporte begleiten, Verkehrsunfälle aufnehmen und Alarmauslösungen überprüfen! – Nein, von so einer Betrachtung muss man sich deutlich distanzieren! – Wir werden auch künftig gemeinsam überlegen müssen, wer welche Straftaten bearbeiten soll, und mit Sicherheit werden wir auch den Aufgabenkatalog anfassen müssen. Insofern wünsche ich mir, dass man im bdk das dort Gehörte nicht wirklich lebt. Für die Außerachtlassung des Blickes auf die gesamte Thüringer Polizei und die Durchsetzung ausschließlich kriminalpolizeilicher Dinge stand der bdk ohnehin seit der Umsetzung der Polizeistrukturenreform in der Kritik. Solche Vorträge geben den zurückliegenden Rufen zum „Verrat an der Schutzpolizei!“ nur unnötig weiteren Nährboden!

Unter der Teilüberschrift „Alle kommen nur zum Gucken!“ verbirgt sich die Feststellung der Vielzahl an Vertretern, die sich eine Dienststelle persönlich anschauen wollen, bevor man ihren Abriss vollzieht. In der Folge eines zurückliegenden Kommentars wurde ich recht zeitkritisch gefragt, ob ich den Mitarbeitern des betreffenden Hauses ihre Toilettenanierung denn nicht gönnen würde? In Wirklichkeit gönne ich den Leuten nicht nur die neue Toilette, sondern auch den Erhalt der gesamten Dienststelle. Dennoch muss

aber die Frage erlaubt sein, ob 48 000 Euro für eine Toilettenanierung gut angelegt sind, wenn das Gesamtgebäude im Folgejahr abgerissen werden soll. Es kommen Vertreter des TIM, der LPD, der LPI, des Staatsbauamtes, vom Thüringer Liegenschaftsmanagement, die potenziellen Nachnutzer sowie die regionalen und Landesarbeitsschützer. Aber alle wollen nur mal gucken, entschieden wird nichts. Unlängst hatte man Ameisen im Haus und ihr dürft euch mal ausmalen, wer bei all den zuvor genannten Verantwortlichen für das Gebäude etwas gegen die Ameisen unternimmt. Ihr kennt die Thüringer Polizei selbst und könnt es euch daher auch selber ausmalen, auf welchem einfachen Weg ein Kammerjäger zu Hilfe eilt.

Neben einem Präsentkorb mit Eichsfelder Wurstspezialitäten überreichte ich unserem Präsidenten auch in eurem Namen ein paar Arbeitshandschuhe, die er dringend braucht, wenn er die Probleme in seinem Zuständigkeitsbereich mit all seinen Fürstentümern verletzungsfrei anpacken will. Die GdP wünschte Wilfried Bischler zum 60. Geburtstag alles Gute und sicherte ihm für den Aufbau funktionsfähiger Strukturen die volle Unterstützung zu. Die wird er brauchen, denn einige seiner regionalen Fürsten begegnen ihm nicht nur zuweilen im Gegenstrom. Bisher war es einigen dieser Herren möglich, im Pfeifenrauch eines ministeriellen Büros Personalveränderungen auch an unserem Präsidenten vorbei zu erwirken. Damit ist nun aber Schluss! Ohne die Personalhoheit bis A 15 konnte der Chef der Landespolizeidirektion nicht wirklich agieren. Vor allem deshalb haben wir Wilfried Bischler den Rücken gestärkt und uns mit dafür eingesetzt, dass er fortan selbst über den Einsatz seines Personals entscheiden kann.

Der Präsident braucht neue Verbündete und ich meine, er orientiert sich derweil richtig. Was sich der ein oder andere Be-

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

hördenleiter in Thüringen gegenüber einem Polizeipräsidenten hier so erlaubt, hätte in Bayern wahrscheinlich längst für eine Versetzung zum Abwasserzweckverband gereicht. Gegen die künstliche Aufrechterhaltung der alten Direktionsstrukturen mit all den geschaffenen Schattenwelten aus der eigentlich dafür nicht mehr vorhandenen Personaldecke muss er als Erstes angehen. In den LPIen muss man sich auf die nur noch vorhandenen Aufgaben konzentrieren, doch das fällt nicht leicht. Ganz gleich, wie prall gefüllt die LPIen oberhalb der Gebietsinspektionen und KPIen sind, der Bürger wird es nicht merken, denn die Dienstleistung für unsere Bürgerinnen und Bürger findet außer beim Inspektionsdienst dort nicht statt. Auch den Verantwortlichen der Gebietsinspektionen ist es völlig gleich, ob sie die erhaltenen Aufträge für die LPI, LPD oder das Ministerium erledigen müssen. Deshalb ist die in den zurückliegenden Wochen vermehrt aufgetretene Frage, wer und ob wir es überhaupt merken würden, wenn es die LPIen über Nacht gar nicht mehr gäbe, vielleicht nicht einmal ganz unbegründet.

Euer Landesvorsitzender

Kooperationsvereinbarung geschlossen

Am 16. April 2013 haben die Vorsitzenden der GdP Thüringen, Marko Grosa, und der DPoIG Thüringen e.V., Jürgen Hoffmann, in Anwesenheit weiterer Vorstandsmitglieder ihrer Gewerkschaften eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet. Beide Gewerkschaften wollen relevante Sachverhalte gemeinsam bewerten, gemeinsame Standpunkte und Forderungen erarbeiten und diese Standpunkte und Forderungen gegenüber der Politik, dem Dienstherrn und den Medien gemeinsam vertreten.

Vertreter beider Gewerkschaften hatten sich am 24. Januar 2013 getroffen und zunächst die Möglichkeiten einer Kooperation ausgelotet. Dabei hatten sie festgestellt, dass es in vielen Bereichen gewerkschaftlicher Interessenvertretung Gemeinsamkeiten gibt. Das betrifft in erster Linie Sachthemen, Fragen der Polizeiorganisation und des Stellenabbaus im öffentlichen Dienst. Mitglieder beider Gewerkschaften hatten zudem ihre Vorstände immer wieder aufgefordert, im Interesse der Beschäftigten der Thüringer Polizei zusammenzuarbeiten.

Eine Kooperationsvereinbarung wurde zurückliegend erarbeitet und von beiden Landesvorständen gebilligt. Jetzt konnte die Unterzeichnung auch formal

erfolgen. Praktisch wird die Kooperation bereits seit Anfang 2013 erfolgreich umgesetzt. Die Schwerpunkte der Kooperation liegen dabei auf den oben genannten Zielstellungen. Die Zusammenarbeit erfolgt insbesondere in den Bereichen Tarifpolitik, Beamten-, Besoldungs- und Versorgungsrecht, Haushaltsrecht, Ausrüstung und Ausstattung der Polizei und Aus- und Fortbildung der Polizei. Zur Koordination der Zusammenarbeit wird ein Koordinierungsausschuss gebildet. Dieser besteht aus je fünf Mitgliedern jeder Gewerkschaft und wird von den beiden Landesvorsitzenden geleitet. Der Ausschuss tagt mindestens einmal im Halbjahr. In der Medienarbeit vertreten die Gewerkschaften zu grundsätzlichen Fragen gemeinsame Standpunkte. Diese werden vor der Information der Medien abgestimmt und der Herausgabezeitpunkt der Information abgesprochen. Informationen für die Mitglieder werden zu den vereinbarten Themen abgestimmt.

Beide Gewerkschaften betonen ihre Eigenständigkeit und die Zugehörigkeit zu ihren Spitzenorganisationen. So gibt es zum Beispiel unterschiedliche Auffassungen beider Gewerkschaften zum Streikrecht für Beamte. Dies dürfe die Sacharbeit im Interesse der Mitglieder jedoch nicht behindern, erklärten die beiden Vorsitzenden. Die Kooperation wird zunächst bis zu den regelmäßigen Personalratswahlen 2014 durchgeführt. Danach wird neu entschieden.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Thüringen

Geschäftsstelle:
Juri-Gagarin-Ring 153
99084 Erfurt
Telefon: (0361) 598950
Telefax: (0361) 5989511

Redaktion:
Edgar Große (V.i.S.d.P.)
PD Jena
Am Anger 30
Telefon: (0 36 41) 81-15 88
Telefax: (0 36 41) 81-15 94

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35
vom 1. Januar 2013
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2828



Unterzeichnung der Vereinbarung

Foto: Große



GLOSSE

Es war einmal ein Polizist ...

Es war einmal ein Polizeibeamter, der vor Ehrgeiz und Fleiß nur so strotzte. Er bemühte sich mit all seinem Wissen und seinem Können, Straftaten aufzuklären und Opfern von Straftaten Hilfe zu leisten. Dann kam eine Zeit, in der Fahrzeuge sehr knapp wurden und man musste sich absprechen, Fahrten zusammenlegen, mit vier Personen im Corsa fahren, um überhaupt noch mobil zu sein. In der obersten Führung stellte man fest, dass die Fahrzeuge völlig ausreichen und man soll nicht so jammern.

Aber es kam eine noch schlimmere Zeit. Nämlich die, dass überhaupt kein Auto mehr zu Verfügung stand und der fleißige Polizeibeamte eine Vernehmung in einer anderen Polizeidienststelle hatte.

Was nun? Den Termin absagen? Nein, dies kam auf keinen Fall infrage, denn was kann das Opfer einer Straftat dafür, wenn man den Fahrzeugeinsatz nicht richtig planen kann. Aber wo nichts ist, kann nicht geplant werden.

So dachte sich der Polizeibeamte, dann nehme ich doch ein öffentliches Verkehrsmittel, und so geschah es auch. Bewaffnet mit einer Tasche und den Unterlagen lief der Beamte natürlich in Uniform, das kostet dann nichts, zu Fuß zum Busbahnhof und fuhr um 12.00 Uhr mit dem Bus, wo er gegen 13.00 Uhr am Busbahnhof in der anderen Stadt eintraf und nach einem kurzen Fußmarsch diese Polizeidienststelle erreichte.

Nach der Vernehmung des Zeugen machte sich der Beamte fix wieder auf den Weg zum Busbahnhof, um den Linienbus um 15.15 Uhr zu erreichen. Und so ging die Fahrt zunächst in eine andere Stadt, wo der Beamte umsteigen musste und mit der zweiten Linie endlich um 16.05 Uhr in seiner Heimat-PI wieder eintraf. Ein Fußmarsch zurück zur PI und der Beamte konnte glücklich um 16.30 Uhr seinen Dienst beenden.

Jetzt stellt sich die Frage: In welcher Zeit und in welchem Land spielt die Geschichte? Es ist März 2013 und mitten in Europa, in Deutschland, in Thüringen, beim Ermittlungsdienst der Thüringer Landespolizei.

FORUM

Im Nachgang zum Artikel „Neues Dienstzeitmodell“ in Ausgabe 4/2013 schreibt der Autor:

Liebe Redaktion der Deutschen Polizei,

sehr erfreut war ich, als ich zu Hause die April-Zeitung öffnete und meinen an euch gerichteten Brief zum Dienstschichtmodell in der PI Altenburg lesen konnte. Den Artikel der Deutschen Polizei konnte ich später dann auch ausgehangen in der Dienststelle vorfinden.

Viele Kollegen haben sich mit diesem Artikel aus der Seele gesprochen gefühlt. Damit ihr wisst, was weiter geschehen ist, wollte ich diese kurzen Zeilen schreiben. Mitte April bekam jeder Bedienstete einen Zettel in die Hand gedrückt, auf welchem er wählen konnte, ob er für oder gegen die Fortsetzung des Dienstschichtmodells ist. Etwas gestört hat es den ein oder anderen, dass diese Abstimmung namentlich erfolgte, da so die Befürchtung bestand, an den „Pranger“ gestellt zu werden.

Da das Thema durch den Leserbrief aber öffentlich war, entschieden sich die Kollegen auch ihre wahre Meinung anzukreuzen. Die Diskussionen in der Dienststelle zeigten mir, dass bei einer gehei-



men Wahl weitere Kolleginnen und Kollegen für das bisher im ganzen Freistaat Thüringen umgesetzte Zwölf-Stunden-Modell gestimmt hätten. Nichtsdestotrotz verkündete der Dienststellenleiter per Mail das Ergebnis, welches zeigte, dass die Kollegen für das Zwölf-Stunden-Schichtsystem sind. Dieses hängt natürlich mit den zum Teil weiten Anfahrtswegen zum Dienst zusammen. In Zahlen ausgedrückt haben sich knapp 73 Prozent gegen das Probemodell ausgesprochen, sodass die PI hier in Altenburg bald wieder in den ruhigen Hafen einfahren kann.

Eine kleine Anmerkung möchte ich noch machen. Unser Dienststellenleiter wollte allen Angeschriebenen mit seinem letzten Satz in der E-Mail deutlich zu verstehen geben, dass die nun getrof-

fene Entscheidung allein aus Personalengpässen erfolgt. Hier soll sich jeder nun seinen eigenen Reim daraus machen. Zumindest hat sich seit der Bekanntgabe des Umfrageergebnisses in Altenburg auch der bald in Ruhestand gehende Vorsitzende des örtlichen Personalrats nicht mehr blicken lassen. Er vertritt ja auch nicht die Interessen der Mehrzahl der Mitarbeiter. Einen großen Dank an die GdP, denn nun weiß die Leitung, wer seine Stimme wie abgeben hat. Ich unterdessen möchte trotz dieser Offenheit lieber nicht genannt werden, kann aber mitteilen, dass eine deutliche und gleichzeitig offene Aussage für alle getroffen wurde.

TAUSCH

Berlin – Thüringen

Aus persönlichen, familiären Gründen suchen wir zum nächstmöglichen Zeitpunkt Tauschpartner in der Landespolizei Thüringen. Derzeit werden wir beide als Beamte im Funkwageneinsatzdienst auf einem Polizeiabschnitt in Berlin verwendet. Dieser Dienstposten ist mit A 9 (gD) ausgewiesen. Gleiches Amt ist nicht Bedingung und Ringtausch ist möglich. Bei Interesse: tauschpartnergesucht@yahoo.de.



Full House in der Geschäftsstelle

Die Vorbereitung des Landesdelegiertentages 2014 beginnt

Am 25. April und 26. April 2013 war die Geschäftsstelle der GdP das Domizil der Kassenprüfer und des Kontrollausschusses. Während die Kassenprüfer sich auf die Konten und Kassenbelege „stürzten“, steht beim Kontrollausschuss schon die Prüfung der Erledigung von Beschlüssen des letzten Landesdelegiertentages an.

Die Kassenprüfer Lutz Wegfraß und Daniela Eichner prüften unter den Blicken des Landeskontrollausschussvorsitzenden Lutz Engelhardt akribisch jede Rechnung, jede Buchung und jeden Beleg des zurückliegenden Jahres. Natürlich fördert ein gewissenhafter Prüfer, den wir unstrittig haben, auch immer etwas zutage, was noch besser gemacht und mit noch mehr Unterschriften versehen werden könnte. Dafür ist ja letztlich auch

eine Prüfung da und dafür danken wir unseren Kassenprüfern sehr. Das Ergebnis zaubert Landeskassiererin Kerstin Henniger ein Lächeln auf die Lippen.

Die Kasse stimmt! Alle sind dankbar für jeden Hinweis, damit der Nachweis unserer GdP-Finzen – unseres Gewerkschaftsvermögens – transparent und nachvollziehbar ist und bleibt. Die gewissenhafte Arbeit der Kassiererin und die regelmäßigen Kassenprüfungen sind die Grundlage für den Kassenbericht, den Kerstin Henniger den Delegierten auf dem Landesdelegiertentag schon im nächsten Jahr vorstellen wird.

Am darauffolgenden Tag tagte der Landeskontrollausschuss. Lutz Engelhardt, Dirk Ader, Hansi Weingart und Sven Jacobi nahmen die Beschlüsse des zurückliegenden Landesdelegiertentages 2010 unter die Lupe. Sie beurteilen die Gewerkschaftsarbeit nach eigenen Gesichtspunkten und hinterfragen, ob al-

les satzungskonform läuft, und gleichen die aufgegebenen Ziele mit unserem tatsächlichen Erledigungsstand ab. Der Landesvorsitzende stand dem Landeskontrollausschuss Rede und Antwort.

Beim Abgleich der zurückliegend gefassten Beschlüsse vom Landesdelegiertentag 2010 konnte zur Freude aller Teilnehmer festgestellt werden, dass gerade einmal eine Handvoll der 32 Beschlüsse einer noch tieferen Erledigungsprüfung bedürfen oder aber aus sachlichen Gründen nicht mehr erledigt werden können.

Sowohl die Kassenprüfung als auch die Zusammenkunft des Landeskontrollausschusses sind ein wichtiger Schritt in Richtung des Wahljahres 2014.

Terminvorankündigung

Unser Landesdelegiertentag wird am 20./21. März 2014 im Berghotel Ahorn in Friedrichroda stattfinden.



Kassenprüfung

Foto: Rothe



JUNGE GRUPPE



Einsatzbetreuung am 1. Mai

Erfurt (wg). Der 1. Mai ist der Tag der Arbeit und damit der Feiertag für die Gewerkschaften. Für einen Großteil der Polizei ist der 1. Mai nun schon seit Jahren ein arbeitsreicher Tag. In Thüringen sind dafür in erster Linie die Neonazis verantwortlich, die versuchen, den Tag der Arbeit für ihre Zwecke zu instrumentalisieren und zu missbrauchen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) wollte sich gemeinsam mit einem breiten Bürgerbündnis in Erfurt diesen Feiertag nicht von Neonazis streitig machen lassen. Deshalb traten Gewerkschafter und Demokraten gerade an dem Tag, an dem sich die Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nazis zum 80. Mal jährte, allen neonazistischen Umtrieben entschieden entgegen.

Für die Polizei heißt dies Gewährleistung von Grundrechten oder anders ausgedrückt Versammlungsschutz und einen Großeinsatz. Die GdP beschloss, dazu eine Betreuung der eingesetzten Kräfte durchzuführen. Viele Polizisten auch aus anderen Bundesländern, u. a. Brandenburg und Sachsen-Anhalt, waren in Erfurt eingesetzt und wurden von Betreuungskräften der GdP besucht.

Neben der Vorbereitung waren einige Kollegen für die Durchführung der Betreuung zu gewinnen. Für die Einsatzbereitschaft sei hier vor allem den freiwilli-

gen Betreuern Danke gesagt. So waren neben Kerstin Rothe, Carina Petermann und Jörg Möller auch die Senioren Erhardt Mumert, Udo Falkenhain und Hans Burghardt unterwegs. Sie suchten das Gespräch mit den Kollegen, informierten sich über Probleme des Einsatzes und verteilten auch noch kleine Geschenke. Diese kleinen Aufmerksamkeiten erfreuten die eingesetzten Kräfte und wurden mit Dank und meist auch einem kleinen Lächeln quittiert.

Kleinere und größere Probleme kamen zur Sprache und konnten meist schnell ausgeräumt werden. Vereinzelt musste auch überzogenen Erwartungen der Kollegen entgegengetreten werden. Das größte Problem bereitete an diesem Tag die digitale Kommunikationstechnik. Eine so große Anzahl an Einsatzkräften auf einem so kleinen Einsatzgebiet wird die Digitalfunkgruppe in der Polizei wohl noch etwas länger beschäftigen, bevor hier optimale Bedingungen entstehen. Fast ausnahmslos positive Meinungen gab es über die Verpflegung und Planung des Einsatzes. Verbesserung zu den letzten Einsätzen war hier deutlich zu spüren.

Dass die Neonazis bei der Anfahrt den Zugausstieg Vieselbach mit Erfurt verwechselten, spricht im Endeffekt Bände für diesen Tag. Der DGB selbst zog ein sehr positives Fazit und lobte die Polizeiführung sowie die Führungsstrategie. Hier zeigte Polizeipräsident Winfried Bischler in seinem ersten großen Thüringeneinsatz das notwendige Umsetzungsgeschick.

Alles in allem war dieser 1. Mai 2013 ein gelungener Tag. Der Einsatz ist gut gelaufen. Die Gewerkschaft hat Gesicht gezeigt und die Kollegen unterstützt. Dafür gab es viel positives Feedback. Polizei und Gewerkschaften und Demokraten haben gemeinsam gestritten und den Neonazis in Thüringen nicht die Straße überlassen.



Das Betreuungsteam

Foto: Gäbler

GEWERKSCHAFTSPOLITIK

Unschuldsvermutung auch für Zielfahnder

Am 14. Mai 2012 wurde der sogenannte Schäferbericht zum Verhalten der Thüringer Behörden bei der Verfolgung des „Zwickauer Trios“ veröffentlicht. In diesem Zusammenhang wurden auch Vorwürfe gegen die Zielfahndung des TLKA unter Leitung von Swen W. erhoben. Eine Thüringer Tageszeitung berichtet darüber, dass Zielfahnder Swen W. deshalb als solcher abgelöst worden sei und fragte auch bei der GdP nach, ob eine solche Maßnahme denn gerechtfertigt sei. Interviewpartner war

Edgar Große, stell. Landesvorsitzender der GdP Thüringen. Dieser äußerte sinngemäß, dass eine Suspendierung korrekt sei, wenn der Beamte sich falsch verhalten habe. Dadurch entstand der Eindruck, dass die GdP nicht hinter ihrem Mitglied stünde.

Dieser Eindruck war falsch. Die GdP geht grundsätzlich davon aus, dass jemand solange unschuldig ist, bis ihm seine Schuld bewiesen ist. Dies gilt nicht nur bei gerichtlichen Verfahren, sondern bei allen Verfahren gegen Polizei-

beamte. Swen W. kann sich also darauf verlassen, dass ihm wie allen anderen Gewerkschaftsmitgliedern durch die Gewerkschaft Hilfe und Unterstützung zuteil wird und keine Vorverurteilung erfolgt.

Polizeibeamte haben zudem, wie alle anderen Personen, Anspruch auf ein faires Verfahren. Dieser Anspruch besteht nicht nur gegenüber der Justiz oder dem Dienstherrn, sondern auch gegenüber der Politik, den Medien und der Öffentlichkeit.



Robert Bosch Fahrzeugelektrik besucht

Die Besichtigung der Robert Bosch Fahrzeugelektrik GmbH am 11. April 2013 in Eisenach wurde durch den Seniorenvorstand, federführend durch den stellvertretenden Vorsitzenden der Seniorengruppe, Rainer Homberg, langfristig geplant und vorbereitet. Der Einladung waren mehr als 50 Senioren gefolgt.

Da lt. betrieblicher Vorgabe die Personenanzahl je Gruppe 15 nicht übersteigen sollte, mussten wir uns zu zwei verschiedenen Zeiten mit je zwei Gruppen aufteilen. Die Sicherheitsanforderungen waren sehr hoch. So musste eine Namensliste der Teilnehmer vorgelegt werden. Foto- und Videoaufnahmen waren während des Rundgangs verboten, das Handy musste ausgeschaltet werden.

Die Gruppen wurden am Haupteingang abgeholt und im Eingangsbereich vom jeweiligen Bosch-Betreuer in Empfang genommen. Hier erfolgte anhand einer kleinen Ausstellung durch den Betreuer die Einführung in die geschichtliche Entwicklung der Firma Bosch. Das Engagement in Thüringen begann kurz nach der Grenzöffnung. Man entschied sich, mit dem ehemaligen Kombinat VEB Fahrzeugelektrik Ruhla (FER) ein Gemeinschaftsunternehmen aufzubauen.

Im Jahre 1992 wurde das Werksgelände auf dem Wartenberg mit zwei neuen Werkhallen fertiggestellt. Die Produktion startete mit Wischeranlagen und Drehzahlfühlern.

In den folgenden Jahren wurden schrittweise Erzeugnisse aus den alten Bundeslän-

dern an den Thüringer Standort verlagert. Das Eisenacher Bosch-Werk entwickelte sich zu einem Spezialisten für die Sensorfertigung. So ist dort heute die weltweite Leitwerkfunktion für die Sensorerzeugnisse Luftmassenmesser, Drehzahlfühler und Drehzahlgeber angesiedelt. Hergestellt werden weiter Hoch- und Niederdrucksensoren für moderne Fahrzeugsysteme und E-Module für Automatikgetriebe. Die Modelle der Produktionspalette und die Erläuterungen dazu konnten in Glasvitrinen bereits angesehen werden.

Dann ging es zum praktischen Teil der Führung. Zuerst mussten alle Teilnehmer ESD-Bänder (Elektrostatische Entladung) an ihren Schuhen anbringen. Dies war zum Schutz bestimmter Fertigungsanlagen notwendig. Hierzu mussten auch entsprechende Schleusen passiert werden, ohne funktionierende ESD-Bänder wurde der Zugang verweigert.

Die Führung ging durch die Fertigungs-, Ausbildungs- und Logistikbereiche des Werkes. Die Wegstrecke betrug ca. 3 km und dauerte rund 1,5 Stunden. Die Fertigung ist gekennzeichnet von

modernsten Anlagen bis hin zum reinen Einsatz von Robotern. Das Transportsystem ist perfekt auf die Produktion abgestimmt.

An allen Stationen wurden durch die Betreuer umfangreiche Erläuterungen gegeben und auch viele Fragen der Senioren beantwortet. In den Erläuterungen kam zum Ausdruck, dass sehr viel Wert auf die betriebliche Gesundheitsvorsorge und eine besondere Vielfalt an Sozialleistungen gelegt wird. Die Lehrausbildung für verschiedene Berufsbilder ist auf die Fachkräftesicherung fokussiert und erfolgt nicht nur für Bosch, sondern auch für andere Firmen im Raum Eisenach. Das Bosch-Werk Eisenach ist mit rund 1700 Beschäftigten ein attraktiver Arbeitgeber in der Region.

Die Mitglieder des Seniorenvorstandes in den gebildeten Gruppen ergriffen dann zum Ende der Führung das Wort und bedankten sich im Namen aller Teilnehmer bei den Betreuern des Bosch-Werkes für ihre informationsreiche und interessante Werksbesichtigung mit einem kleinen Präsent.

Herbert Wollstein



Das Bosch-Werk in Eisenach

Foto: Bosch





Elektronische Beweissicherung in ...

... Thüringen

Die elektronische Beweissicherung erfolgt in Thüringen beim Landeskriminalamt und bei den Kriminalpolizeiinspektionen. Im TLKA gehört das Dezernat „Forensische IuK“ zur Abteilung Kriminaltechnik, wobei IuK für Information und Kommunikation steht. Bei den Kriminalpolizeiinspektionen ist der Dienstbereich als Regionale Beweissicherungseinheit (RBE) der Kriminaltechnik und damit der Einsatzunterstützung zugeordnet.

Kaum ein anderer Bereich hat unser Leben in den letzten 25 Jahren so beeinflusst wie die Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnik. Kaum noch ein Haushalt ohne PC, Notebook oder Tablet-PC, in der Bundesrepublik gibt es mehr Handy-Verträge als Einwohner. Mit Einführung einer Technik ist auch immer deren Missbrauch verbunden. Straftaten werden unter Zuhilfenahme der Technik begangen oder über Kommunikationstechnik vorbereitet und verabredet. Die Beweise dafür finden sich auf Festplatten, Massespeichern, in Verbindungsnachweisen usw.

Kaum ein anderer Bereich hat unser Leben in den letzten 25 Jahren so beeinflusst wie die Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnik. Kaum noch ein Haushalt ohne PC, Notebook oder Tablet-PC, in der Bundesrepublik gibt es mehr Handy-Verträge als Einwohner. Mit Einführung einer Technik ist auch immer deren Missbrauch verbunden. Straftaten werden unter Zuhilfenahme der Technik begangen oder über Kommunikationstechnik vorbereitet und verabredet. Die Beweise dafür finden sich auf Festplatten, Massespeichern, in Verbindungsnachweisen usw.

Alle diese Beweise müssen gerichtsverwertbar gesichert und für die Sachbearbeitung aufbereitet werden. Mit der Zunahme der Fälle, bei denen elektronische Informationen im weitesten Sinne gesichert werden mussten, erfolgte auch der Ausbau der technischen Basis. Nachdem das TLKA die Aufgabe nicht mehr allein erfüllen konnte oder personell deutlich hätte aufgestockt werden müssen, wurde entschieden, bei allen Kriminalpolizeiinspektionen die Regionalen Beweissicherungseinheiten zu errichten. Ausschlaggebend für diese Entscheidung war die Nähe der Auswerteinheiten zu den Ermittlungsbereichen. Dadurch können Prioritäten gesetzt werden, die Techniker stehen den Ermittlern für Rückfragen direkt zur Verfügung und die Wege sind kurz. Der technische Aufwand muss dadurch zwar mehrfach betrieben werden, das Verfahren hat sich aber bewährt.

Edgar Große

... Sachsen

Sachsen hat sich im Jahr 2008 für die Einführung eines Fallbearbeitungssystems auf Basis von rsCASE® der Firma rola Security Solutions GmbH entschieden. Im Rahmen des Projektes „eFAS“ (Ermittlungsunterstützendes Fallanalyse-System Sachsen) wurde das Produkt an die sächsischen Bedürfnisse angepasst und im September 2011 in den Wirkbetrieb überführt. Seitdem wurden fast 900 Kolleginnen und Kollegen geschult und über 300 Verfahren eingerichtet. Die sächsische Polizei verfügt über eine Landeslizenz und ist damit in der Lage, die Anwendung bei Bedarf auf jedem Arbeitsplatz zur Verfügung zu stellen. Positiv zu bewerten ist die zentrale Durchführung der Schulungen im Schulungs- und Referenzzentrum Dornitzsch, die mit sehr hohem fachlichen Niveau und pädagogischen Geschick erfolgt. Die Erweiterung des Lehrgangsangebotes wäre wünschenswert, denn die Akzeptanz der Nutzer steht und fällt sowohl mit einer guten, kontinuierlichen Aus- und Fortbildung als auch mit der entsprechenden Betreuung im Einsatz. Die Verwendung von eFAS in einer Reihe von Sokos und Großverfahren hat die Leistungsfähigkeit des Systems nachhaltig bewiesen. Die Zentrale Operative Fallunterstützung (ZOF) beim Einsatz von eFAS wird im Dezernat 31 des Landeskriminalamtes Sachsen gewährleistet. Neben der fachlichen Betreuung von eFAS wird hier auch die zentrale Aufbereitung von Massendaten aller Art und ihre Einbindung in das Fallbearbeitungssystem realisiert. Die sächsischen Polizeidienststellen nehmen dieses Angebot in zunehmendem Maße in Anspruch. Vorteilhaft dabei ist eine bereits in der Planungsphase beschlossene Integration von TKÜ-Maßnahmen bis hin zum Import von Verkehrsdaten. Der Ausbau der Schnittstellen zum Vorgangsbearbeitungssystem (IVO) und zu Anwendungen auf Bundesebene ist in Arbeit und wird den Funktionsumfang des Systems weiter erhöhen.

Steffen Ziechner

... Sachsen-Anhalt

Die EDV-Beweissicherung und -auswertungseinheiten (EDV-BA) gibt es in Sachsen-Anhalt im Landeskriminalamt und den Polizeidirektionen.

Im LKA sind die EDV-BA im Cybercrime Competence Center (4C) angebunden. In den PDen sind sie in der Zentralen Kriminalitätsbekämpfung (ZBK) im K12 des Fachkommissariats 1 zu finden.

Die EDV-BA verstehen sich als Dienstleister für die Fachkommissariate und Sachgebiete der RKDn. In erster Linie sichern sie die eingelieferten Beweismittel forensisch. Für die Auswertung kommen u. a. „EnCase“ und „X-Ways“ zum Einsatz. Falls es erforderlich ist, fahren die Sachbearbeiter auch vor Ort und bewerten die Lage der Beweise, sichern Daten oder unterstützen bei der Sicherstellung ganzer EDV-Anlagen. Für die Einsatzkräfte werden Hilfestellungen wie Checklisten und Anleitungen zur Verfügung gestellt.

Die gesicherten Daten werden auf speziellen Sicherungssystemen gespeichert und für den Sachbearbeiter aufbereitet bzw. gefiltert und lesbar gemacht. In einigen Sonderfällen findet auch eine Bewertung der Beweise durch die Sachbearbeiter der EDV-BA statt.

Die Sachgebiete der PDen und des LKAs unterstützen sich gegenseitig sowohl technisch als auch personell.

Um diese Dienstleistungen erbringen zu können, ist natürlich eine erheblicher Aufwand notwendig. Es kommen Speichersysteme im Terrabyte-Bereich, Hochgeschwindigkeitsnetzwerke und besonders ausgestattete PC-Technik zum Einsatz. Diese Technik ist schon in der Anschaffung kostenintensiv und unterliegt kürzeren Nachbeschaffungszyklen als andere Technik.

Weiterhin ist eine ständige Fortbildung der Mitarbeiter unerlässlich. Diese wird direkt von den Herstellern der Forensic-Software, dem BKA und auch mit Unterstützung der FH Polizei durchgeführt.

Jens Hüttich

